

Statement

von Rik Steinheuer zur Grundsteuer B

Stellungnahme des Vorsitzenden des Bundes der Steuerzahler (BdSt) NRW, Rik Steinheuer:

„Die Grundsteuerreform nach dem Scholz-Modell ist murks! Die Grundsteuer gehört abgeschafft und bessere Ideen für die Finanzierung unserer Städte müssen her.“

Bewertung der Untersuchungsergebnisse: „Es kommt in diesem Jahr nicht nur in besonders vielen Kommunen zu Steuererhöhungen bei der Grundsteuer B, sondern die Erhöhungen fallen vielerorts auch noch sehr hoch aus. Die Schallmauer von 1.000 Punkten ist in NRW durchbrochen und viele Kommunen planen Hebesätze, die davon nicht weit entfernt sind. Nordrhein-Westfalen hatte im bundesweiten Vergleich bisher schon die höchsten Grundsteuer-B-Hebesätze unter den Flächenländern. Angesichts der Entwicklung, die sich für dieses Jahr abzeichnet, dürfte unser Bundesland diesen negativen Spitzenplatz weiterhin behalten.“

Um gegenzusteuern, müsste an verschiedenen Stellen angesetzt werden. Auf allen übergeordneten Ebenen ist Zurückhaltung gefordert, den Kommunen neue Aufgaben aufzubürden, erst recht ohne ausreichende Gegenfinanzierung. Zudem sollte die Vielzahl verwaltungsaufwändiger Förderprogramme drastisch reduziert und im Gegenzug die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen verbessert werden.

In Zeiten wieder höherer Zinsen rächt es sich auch, dass für die hohen Altschulden vieler NRW-Städte immer noch keine tragfähige Lösung gefunden worden ist. Während der langjährigen Niedrigzinsphase wäre das leichter möglich gewesen, jetzt ist es viel schwieriger, muss aber trotzdem endlich ernsthaft angegangen werden.

Die Kommunen müssen sich aber auch an die eigene Nase fassen: Die Möglichkeiten, zum Beispiel durch interkommunale Zusammenarbeit und konsequente Digitalisierung Einsparpotentiale zu heben, sind bei weitem noch nicht ausgereizt.

Zum **Grundsteuer-Vorstoß von Finanzminister Optendrenk:** Wir haben seit langer Zeit auf die Belastungsverschiebung von Gewerbe- zu Wohnimmobilien aufmerksam gemacht, die in diesem Ausmaß nicht gewollt gewesen sein kann. Es ist gut, dass sich die Politik der Problematik jetzt annimmt. Die von Finanzminister Optendrenk vorgeschlagene Einführung gesplitteter Hebesätze bürdet den Kommunen die Verantwortung auf, ermöglicht aber auch zielgenaue, der jeweiligen örtlichen Situation gerecht werdende Lösungen.

Die verkorkste Grundsteuerreform wird aber auch durch diesen korrigierenden Eingriff nicht zu einer überzeugenden Reform. Es ist Zeit, über eine Abschaffung der Grundsteuer und über bessere, unbürokratische Alternativen zu sprechen.“